

Abschrift

H.C.W. Westermann
i.Fa.J.& K. Brons
Gerichtl.best.Abwesenheitspfleger
Bremen, Langenstr. 5/6

Bremen, den 5. April 1943

An das
A m t s g e r i c h t
Abt. für Vormundschaftssachen
B r e m e n

Betr.: Konnossementsverbrieftes jüdisches Umzugsgut
Pflegschaftssache VIII/ 4174/42 - unbekannte Beteiligte
M.M. 30984/94 = 11 Kisten Umzugsgut = 2200 kg
ex D. "MAIN" Hamburg/Sydney Konn. Nr. 50

Eigentümer: Martin Israel Meyer, früher Berlin W 62, Kleisstr.
Ablader: A. Hartrodt, Hamburg/Bremen
Empfänger: Martin Meyer, Sydney, Souble Bay, 13 Manning Road
Konnossemente: 2 Originale sind an den NDL zurückgegeben
1 Original per Flugpost nach Australien

A b r e c h n u n g

1. Reinerlös lt. Versteigerungsprotokoll des
Gerichtsvollziehers Nustede vom
4.11.42 RM 8 622,86
2. Abzüge
Zahlung an die Zollkasse, Bremen
12 1/2 % Eingangsabgabe von
RM 9 711,85 RM 1213,98
Joh.C.Henschen, Bremen
Kosten des Abtransports vom
Hafen zum Pfandlokal Königstr. " 90,40
A. Hartrodt, Bremen
Lagermiete, Versicherung, Luft-
schutzumlage, Speditionsprov.,
Überwachung " 1996,35
Deutsche Spedition GmbH, Bremen
Angemessenheitsprüfung " 10,--
Gerichtsgebühr " 4,50
Pflegschaftsgebühr " 300,--
Auslagen " 85,-- RM 3 700,23
3. Verwertungsreinerlös RM 4 922,63
eingezahlt auf Sperrbuch Nr. 239571 *****
bei der Sparkasse in Bremen

H.C.W. Westermann
Gerichtl.best.Abwesenheitspfleger

gez. Unterschrift

21

Am 1. April 1944

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich habe die Ehre, Ihnen

hiermit zu schreiben

das ich die

Bitte habe

zu verstehen, dass ich die

Bitte habe zu verstehen, dass ich die

Bitte habe

zu verstehen, dass ich die

Bitte habe

zu verstehen, dass ich die

Bitte habe

zu verstehen, dass ich die

Bitte habe

zu verstehen, dass ich die

Bitte habe

zu verstehen, dass ich die

Bitte habe

zu verstehen, dass ich die

Bitte habe

zu verstehen, dass ich die

Bitte habe

zu verstehen, dass ich die

Bitte habe

zu verstehen, dass ich die

Bitte habe

zu verstehen, dass ich die

Bitte habe

zu verstehen, dass ich die

Bitte habe

zu verstehen, dass ich die

Bitte habe

zu verstehen, dass ich die

Bitte habe

zu verstehen, dass ich die

Bitte habe

zu verstehen, dass ich die

Bitte habe

zu verstehen, dass ich die

Bitte habe

zu verstehen, dass ich die

Bitte habe

zu verstehen, dass ich die

Bitte habe

zu verstehen, dass ich die

Bitte habe

zu verstehen, dass ich die

Bitte habe

zu verstehen, dass ich die

Bitte habe

zu verstehen, dass ich die

Bitte habe

zu verstehen, dass ich die

Bitte habe

zu verstehen, dass ich die

Bitte habe

zu verstehen, dass ich die

Bitte habe

zu verstehen, dass ich die

Bitte habe

zu verstehen, dass ich die

Der Oberfinanzpräsident
Wefer-Ems
in Bremen

Vermögensverwertungsstelle

Postcheckamt Hamburg Nr. 333 50
Reichsbank Bremen Nr. 21/113
Sparkasse in Bremen Nr. 9061

Q 5205 - J 618 - PI 15

✓ Eine Anlage

Bremen, 10. Juli 1943

Das Haus des Reichs - Zimmer 441 c

Fernsprecher 210 01 - Hausanschl. Der Oberfinanzpräsident

Herrn

Oberfinanzpräsident Berlin-Brandenburg

Berlin - Brandenburg

Vermögensverwertungsstelle

Berlin NW 40

Alt-Moabit 143/44

Verwertung des Umzugsguts des Juden Martin Israel Meyer, früher
wohnhaft gewesen in Schwiebus, Halbe Stadt 42 a, zuletzt Berlin W
62, Kleisstraße

Die Geheime Staatspolizei Staatspolizeistelle Bremen hat
mir mit Schreiben vom 2. März 1942 - II B 2 - 3900/41 - gemäß §
8 Absatz 1 der Elften Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. No-
vember 1941 -RGBl. I S. 722- mitgeteilt und bestätigt, daß das Vermö-
gen des obengenannten Juden auf Grund der obigen Verordnung dem
Reich verfallen ist und § 8 Absatz 2 der Verordnung gemäß verwertet
werden kann.

Für den Juden haben bei der hiesigen Speditionsfirma
A. Hartrodt, Bremen, und zwar im Freihafen 11 Kisten
mit Umzugsgut gelagert.

Ich bin von dem Herrn Oberfinanzpräsidenten Berlin-Branden-
burg im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsminister der Finanzen all-
gemein beauftragt und ermächtigt, das hier in Bremen lagernde, dem
Reich verfallene Umzugsgut ausgewanderter oder abgeschobener Juden
zu verwerten.

Da Sie dem Erl. RdF vom 25. April 1942 - O 5210 - 2020 VI -
betreffend Regelung der Zuständigkeit gemäß mit Wirkung vom 1. Juni
1942 ab für die Gesamtabwicklung des verfallenen Vermögens zuständig
geworden sind -der Jude hat in Ihrem Bezirk den letzten inländischen
Wohnsitz gehabt- gebe ich Ihnen hiermit folgenden Verwertungsbericht:

Ich habe festgestellt, daß über das Umzugsgut Konossemente
ausgestellt und bereits nach Australien gesandt worden sind. Der Ver-
bleib der Konossemente ist unbekannt. Da für das Eigentum konnosse-

mentsverbriefter Güter der Besitz des Konnossements, das im Ausland übertragen werden kann, entscheidend ist, läßt sich bei konnossementsverbrieften Gütern nicht übersehen und infolge der Kriegsverhältnisse auch nicht feststellen, ob für sie die Voraussetzungen für den Vermögensverfall auf Grund der Elften VO zum RBG gegeben sind. Es ist weiter zu berücksichtigen, daß gerade im Hinblick auf die genannte Verordnung die Konnossemente ihren Besitzer wechseln werden, um die Voraussetzungen für den Vermögensverfall der Form nach hinfällig werden zu lassen.

Die Verwertung des Umzugsguts mußte danach in der Weise geschehen, daß für den unbekannten Konnossementsinhaber als Eigentümer nach der Pflugschaftverordnung ein Abwesenheitspfleger bestellt und der Reederei durch den Reichsstatthalter auf Grund des Reichsleistungsgesetzes aufgegeben wurde, dem Abwesenheitspfleger das Pflugschaftsgut ohne Vorlegung der Konnossemente herauszugeben.

Das Umzugsgut ist im vorliegenden Falle durch den gerichtlich bestellten Abwesenheitspfleger H.C.W. Westermann in Bremen, Langenstr. 5/6, verwertet worden. Der Abwesenheitspfleger hat dem Amtsgericht in Bremen unter dem 5. April 1943 eine Abrechnung eingereicht. Die Abrechnung, die mit einem Reinerlös von 4 922,63 RM abschließt, ist vom Vormundschaftsgericht genehmigt worden. Der Abwesenheitspfleger hat den Reinerlös auf Sperrbuch Nr. 239571 bei der Sparkasse in Bremen eingezahlt.

Der Herr Reichsminister der Justiz hat sich in seinem Schreiben VII a 6. 414/43 vom 25. Februar 1943 nach Fühlungnahme mit dem Herrn RMF damit einverstanden erklärt, daß in den Fällen, in denen nach den bisherigen Feststellungen der Verfall des jüdischen Vermögens auf Grund der Elften Verordnung anzunehmen ist, die Erlöse aus den Versteigerungen an den zuständigen Oberfinanzpräsidenten ausgezahlt werden. Die Auszahlungen sind jedoch unter dem Vorbehalt vorzunehmen, daß eine Rückzahlung zu erfolgen hat, falls sich herausstellen sollte, daß die Voraussetzungen für den Vermögensverfall beim Inkrafttreten der Elften Verordnung zum Reichsbürgergesetz nicht vorgelegen haben.

X Ich betrachte die Verwertungssache hiermit für mich als erledigt und bitte, ggf. den Reinerlös bei dem Pfleger anzufordern.



Im Auftrag
gez. Prestin
Beglaubigt:

Belum King